

Pakistan: The Double Heritage

Geschichtlicher Überblick bis 1947

Pakistan ist 1947 aus der Teilung Britisch-Indiens hervorgegangen. Die damalige Kronkolonie British India wurde in zwei selbständige Staaten aufgeteilt, Indien und Pakistan. Der neue Staat Pakistan umfasste die beiden voneinander getrennten Gebiete (West)Pakistan und Ostpakistan, d.h. die frühere Provinz East Bengal. Zwischen den beiden Staatsteilen lag Indien über eine geographische Distanz von 1500 km.

Wie kam es zur Teilung Britisch Indiens? Wie entstanden zwei selbständige Nachkolonialstaaten? 1885 ist das Gründungsjahr des Indian National Congress. Der Congress war von Anfang an eine Unabhängigkeitsbewegung, wenn auch nicht, wie später, in der Form einer politischen Partei. Der Congress war eine Bewegung, die autochthone indische Werte betonte, gegen westliche Überfremdung, gegen die wirtschaftliche Dominanz der Kolonialmacht. Der Congress trat für mehr politische Autonomie und eine stärkere Eigenbeteiligung des indischen Establishments innerhalb von British India ein. Im Indian National Congress arbeiteten Hindus und Moslems zusammen, wenngleich die Moslems von Anfang an sowohl zahlenmässig als auch nach ihrer Bedeutung eine geringere Rolle spielten.

Die Hinduvorherrschaft innerhalb des Indian National Congress nährte die ohnehin vorhandenen Ressentiments der Moslems, so dass es 1909 zur Abspaltung der All India Muslim League kam. Die Liga vertrat keineswegs alle in British Indien lebenden Moslems. Sie wurde aber von der britischen Kolonialregierung heimlich unterstützt, da man sich von der All India Muslim League eine Teilung der indischen Unabhängigkeitsbewegung versprach (divide et impera).

Die Gründung der All India Muslim League basierte auf der diffusen Vorstellung, die Moslems und die Hindus seien jeweils eigene "Nationen" (Millet). Die jeweilige Glaubensgemeinschaft wurde als Nation empfunden. Zwischen den jeweiligen Nationen gab es vielfältige Verbindungen, aber keine Identität. In der Zeit des 1. Weltkriegs, als England Krieg führte gegen den osmanischen Sultan, äusserte sich die Liga wiederholt im Sinne einer Unterstützung des islamischen Sultans, während gleichzeitig indische Regimenter in britischen Diensten kämpften.

In dieser Zeit bzw. in den 20er Jahren kam erstmal in der Liga die Idee auf, die Hindunation zu verlassen bzw. die Lebensgemeinschaft mit den Hindus insgesamt aufzugeben. Die Agitatoren der sog. Hijrat-Bewegung propagierten eine Auswanderung der Moslems in ein Dar-al-Islam, wobei damals noch nicht klar war, wo sich dieses Dar befinden sollte. (Türkei? Afghanistan?) Erst ab 1933 wird die Forderung vorgetragen, die muslimischen Mehrheitsprovinzen im Westen von British India in einer Föderation zusammen zu fassen (Iqbal). Interessanterweise waren es muslimische Studenten aus der indischen Oberschicht, die in Cambridge den Namen "Pakistan" erfanden. Die eigentliche Entscheidung zu Gunsten eines unabhängigen muslimischen Staates brachte der Beginn des 2. Weltkriegs. Die britische Regierung war für ihre Operationen im Mittleren Osten und in Nordafrika auf die politische und militärische Unterstützung der indischen Moslems angewiesen und kam deren Forderungen, die besonders von Mohammad Ali Jinnah vorgetragen wurden, weitgehend nach. Jinnah, ein liberaler, moderner, aufgeklärter Moslem, der in England studiert hatte, war zunächst kein prominenter Verfechter der Pakistan-Idee gewesen. Er sah jedoch mit Beginn des 2. Weltkriegs seine politische Stunde gekommen, er trennte sich von seinen bisherigen politischen Freunden Gandhi und Nehru und führte mit den Briten eigene Verhandlungen. 1940 hielt er in Lahore seine berühmte Rede, die die Teilung Britisch Indiens ultimativ forderte. Jinnah stilisierte sich damit zum "Vater der Nation" (Banknote).

Die eigentliche Teilung verlief, wie wir alle wissen, äusserst gewaltsam und blutig. Riesige Flüchtlingsströme bewegten sich in beide Richtungen. Grössenordnungen: Punjab 16 Mio Moslems und 12 Mio Hindus/Sikhs. Bengalen 35 Mio Moslems und 27 Mio Hindus.

Nach diesem kurzen geschichtlichen Aufriss ist klar, das Pakistan zum Zeitpunkt seiner Gründung

keineswegs eine koherente Nation war. Die praktische Abwicklung der Teilung war am Gründungstag keineswegs vollzogen. 10 Sonderkommissionen regelten die Teilung der Verwaltung, der Armee, der Steuereinnahmen, des Aussenhandels, der Währung und der auswärtigen Beziehungen. Vor allem aber stellte sich immer wieder die Frage nach der Identität des neuen Staates Pakistan, d.h. die Frage nach seinem "islamischen Profil". Die Führer des neuen Staates mussten daher zu ihrer Rechtfertigung das islamische Erbe bemühen, auch dann, wenn es nicht unmittelbar, überall und allen ersichtlich war. An dieser Rechtfertigungsretorik beteiligten sich auch viele liberale, tolerante Politiker wie der schon erwähnte Vater der Nation. Die Rechtfertigungsdebatte ist bis heute nicht zu Ende. In staatsmännischen Reden, in den Leitartikeln der grossen pakistanischen Zeitungen und auch in akademischen Debatten finden sich auch heute noch Bemühungen, das islamische Erbe als konstitutiv für die pakistanische Gesellschaft und den pakistanischen Staat darzustellen.

Das islamische Erbe

1. 1000 Jahre islamische Herrschaft: Der Islam wurde von Nordwesten her importiert und erreichte über den Punjab Nordindien und später den Deccan. Der Weitertransport nach Bengalen geschah erst in der späteren Moghulzeit und erzeugte so etwas wie eine Kohabitation mit den bengalischen Hindus.

2. Urdu: Die neue Staatssprache stammt nicht etwa aus dem Gebiet des heutigen Pakistan, sondern aus dem heutigen Uttar Pradesh in Nordindien und aus dem Staatsgebiet des ehemaligen Nizam von Hyderabad im Deccan.

3. Die Verfassung vom März 1956: Die Constituent Assembly benötigt nahezu 9 Jahre, um eine Verfassung auszuarbeiten. Hauptgrund für diese langjährige Austragzeit sind die Meinungsunterschiede zwischen den liberalen, säkularen Ligaführern einerseits und den orthodoxen, fundamentalistischen Ligaführern andererseits. Erst 1956 wird Pakistan schliesslich „Islamische Republik Pakistan“. Verschiedene Verfassungszusätze (Amendments), besonders während der Präsidentschaft von Zia ul Haq, versuchten, den islamischen Charakter der Verfassung zu stärken. Vor allem wurde versucht, einen islamischen Bundesgerichtshof (Federal Shariat Court) neben dem (säkularen) Bundesgerichtshof einzurichten. Die entsprechenden Presidential Orders 1979 und 1980 wurden als Amendments in die Verfassung aufgenommen (Artikel 203A-J). Die aktuelle Verfassungswirklichkeit ist weit vom Verfassungskanon entfernt: (Siehe Parteiprogramm Pakistan Peoples Party, weiter unten.)

4. Pak-e-stan: Dieser Name sollte eine ständige, tägliche Aufforderung sein, die aber keineswegs eingelöst wird.

5. Die Ulema spielen in den ersten 30 Jahren der islamischen Republik keine grosse Rolle. Sie gewinnen erst an Bedeutung während der Präsidentschaft von Zia-ul-Haq. Aber ihr Einfluss hält sich immer in Grenzen, wie wir bei den folgenden Punkten sehen werden. Die Ulema können auch nicht verhindern, dass die PPP eine relativ junge Frau als Kandidatin aufstellt, die nach gewonnener Wahl Premierministerin wird.

6. Die Madrassa ist ebenfalls in den ersten 30 Jahren der islamischen Republik ohne politischen Einfluss. Die Ausbildung der Dorfmuftis ist geistig eher bescheiden. Nur wenige Taliban lernen so viel Arabisch, dass sie den Korantext im Original lesen können und die Möglichkeit haben, im Ausland weiter zu studieren. Mit der Einrichtung eines Ministeriums für Religiöse Angelegenheit unter Zia-ul-Haq werden die Madrassa registriert und haben Anspruch auf staatliche Förderung. Mit der staatlichen Anerkennung bekommen sie auch Zugang zu Fördermitteln aus dem Ausland, vor allem aus Saudi Arabien.

7. Der Streit um den Juma verdeutlicht den beständigen politischen Konflikt zwischen dem islamischen Anspruch einerseits und den säkularen Ansprüchen andererseits. In den 57 Jahren seit Bestehen Pakistans wurde der Freitag dreimal eingeführt und wieder abgeschafft. Ausschlaggebend ist fast immer das Argument der Wirtschaft, man müsse sich in den internationalen Geschäftsbeziehungen an die internationalen Gepflogenheiten halten. Der derzeitige Kompromiss mit den Islamisten besteht darin, dass jeder Arbeiter und Angestellter am Freitag mittag seinen Arbeitsplatz für eine Stunde verlassen darf (und dann am Nachmittag auch oft nicht mehr zurückkehrt!).

8. Das bürgerliche Recht Pakistans ist sowohl islamisch als auch modern. Weder im Familienrecht noch im Erbrecht gilt die Sharia durchgängig. Kein Gesetz, keine Rechtsverordnung und kein Gerichtsurteil dürfen dem islamischen Recht widersprechen. Die Wirklichkeit sieht jedoch so aus, dass es immer die Möglichkeit gibt, bei einer jeweils höheren Instanz Berufung einzulegen und damit einen Streitfall neu zu verhandeln. Je weiter man auf dem Instanzenweg nach oben rückt, d.h. vom Amtsgericht zum Landgericht zum Oberlandesgericht zum Bundesgerichtshof, desto grösser sind die Chancen, einen modernen Urteilsspruch zu bekommen. Man muss allerdings den Mut und das nötige Geld haben, den Instanzenweg zu beschreiten.

9. Waqf: Religiöse Liegenschaften hat es auf dem Staatsgebiet des heutigen Pakistan immer gegeben, bei Moscheen, bei Koranschulen, bei Friedhöfen und Begräbnisstätten von heiligen Männern, beim Sitz eines Pir oder bei Immobilien der Armenpflege. Mit der Einführung des Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten Ende der 70er Jahre gewinnt die Regierung eine systematische Übersicht über die als Waqf eingetragenen Grundstücke und damit eine Kontrollmöglichkeit. Verkauf, Vermietung, kommerzielle Nutzung sind damit de jure ausgeschlossen. Selbstverständlich gibt es aber nach wie vor die landesüblichen kleinen Dienstwege!

10. Moscheen werden staatlicherseits so behandelt, als wären sie öffentliche Gebäude. Sie werden mit staatlichen Mitteln instandgehalten, bzw. instandgesetzt. Moscheen in Neubaugebieten werden mit staatlichen Mitteln gebaut, wobei die Regierung oft ausländische Zuwendungen in Anspruch nimmt (Saudi Arabien/Golfstaaten). Die grossen islamischen Feiertage sind staatliche Feiertage. Daneben gibt es regionale und lokale Feiertage, sog. optional holidays. Ein optional holiday kann in einem Ort mit überwiegender christlicher Bevölkerung auch Weihnachten sein (christliche Schulen!).

11. Über den Status der Minderheiten wurde in der verfassunggebenden Versammlung lange diskutiert. Die konservativen Ulema vertraten die Meinung, alle Angehörigen von religiösen Minderheiten, d.h. Hindus und Christen, aber auch Ahmadias sollten keine pakistanischen Vollbürger werden, weil sie nicht Träger der Staatsidee sind. Sie sollten den Status der Schutzbefohlenen (zimmi) haben, d.h. kein passives Wahlrecht für das Parlament haben, kein hohes Richteramt und keine hohen Verwaltungsposten einnehmen dürfen. Dagegen vertrat Jinnah die liberale Tradition, d.h. alle Staatsbürger sollten gleiche Rechte haben. Dabei hatte Jinnah besonders Indien im Blick, wo die junge indische Republik mit grosser Selbstverständlichkeit hohe Positionen in der Verwaltung, in der Congress-Partei, in der Armee und in der Justiz einräumte (Zakir Hussein/Abdul Kalam). Vor dem Gesetz sind alle pakistanischen Staatsbürger gleich. Es gibt allerdings erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskriminierung (reserved seats).

Das säkulare Erbe

1. Die Verfassung von Pakistan (wie auch die Verfassung der Indischen Union) hatten einen Vorläufer in dem Government of India Act von 1935. Der Act war in London in langen Verhandlungen mit Delegierten des Indian National Congress und der Muslim League ausgehandelt worden. Der Act ging von einem säkularen Staatswesen aus, in dem alle Staatsbürger - unabhängig von ihrer Konfessionszugehörigkeit - gleiche Rechte haben. Mohammad Ali Jinnah, der seinerzeit die Muslim League in White Hall vertreten hatte, konnte sich in den Sitzungen der Constituent Assembly von 1947-1956 gut an die Londoner Verhandlungen erinnern und brachte immer wieder säkulare Momente in die Debatte ein. (Dass er zwischenzeitlich für eine islamische Nation eingetreten war, musste er dabei wohl heftig verdrängen. Jinnah war ein Vollblutpolitiker!)

2.

Das säkulare Erbe, das in British India seine Heimat beim Indian National Congress hatte, fand in Pakistan eine neue parteipolitische Heimat in der Pakistan Peoples Party (PPP). Die PPP entstand keineswegs - wie der Name der Partei vermuten lassen könnte - als Volkspartei, sondern vielmehr als Gründung von Grossbürgern und Grossagrariern, die allerdings auch sozialistisches Gedankengut vertraten (Landreform/Verstaatlichung). Durch geschickte Parteitaktik gelang es der PPP, die Parlamentsmehrheit zu erringen. Mit Zulfikar Ali Bhutto stellten sie 1973 erstmalig einen Premierminister.

3. Englisch als Link Language: Wie wir oben gehört haben, ist Urdu die Staats- und Amtssprache.

Tatsächlich wird jedoch Englisch im Geschäftsalltag häufig benutzt. Die Provinzen sind nach Sprachen eingeteilt, also Sind=Sindhi, Belutschistan=Belutsch, Punjab=Punjabi, NWFP=Paschtu. Alle 4 Provinzsprachen haben sprachlichen Zugang zum Urdu. Tatsächlich aber dient Englisch in viel höherem Masse als Verbindungssprache zwischen den Provinzen.

4. Wie wir oben gehört haben, hat sich die Sharia als ausschliessliches Rechtssystem nie durchgesetzt. Nach 1947 gab es zumindest eine Generation lang noch Juristen, die an einem Law College in British India oder in England selbst studiert hatten. An der ältesten Universität Pakistans (Lahore 1882) blieb die Juristenausbildung nahezu unverändert. In allen Städten, vor allem in den Grossstädten, besteht Zugang zu modernen Anwaltskanzleien, die - bei ausreichender Honorierung - bereit und in der Lage sind, lokal gefällte Scharia-Urteile an eine höhere Instanz zu überweisen, wo westliches Strafrecht gilt (Verweis auf Blasphemiegesetz und seine inkonsequente Anwendung).

5. Das Schul- und Ausbildungssystem ist vom britischen Erziehungssystem übernommen. Es gibt 5 Jahre Primarschule, 5 Jahre Mittelschule und 2 Jahre Oberschule. Es gibt über 800 Colleges, darunter sehr viele technische Colleges, und etwa 20 Universitäten.

6. Auch das Gesundheitswesen entspricht dem britischen Vorbild. Es gibt einen Government Health Service mit der Primary Health Unit auf der untersten Ebene (Dorf bzw. Zentraldorf). Der staatliche Gesundheitsdienst ist theoretisch kostenlos. Besonders privilegiert sind die Gesundheitseinrichtungen des Militärs, mit grossen Krankenhäusern, an denen sogar Forschung getrieben wird. Krankenversicherungen gibt es nur für Angestellte grosser Firmen und für den Öffentlichen Dienst. Das traditionelle Gesundheitssystem Unnani mit dem Hakim als Allgemeinmediziner spielt nur noch in der Tribal Agency eine Rolle.

7. Die britischen Sportarten Cricket und Hockey sind Volkssport geworden. Bei grossen Cricketspielen herrscht ähnliche Stimmung wie bei uns bei grossen Fussballspielen. Als Pakistan im Oktober 1999 nach dem Staatsstreich von Musharraf von der Mitgliedschaft im Commonwealth suspendiert wurde, gingen die Diskussionen landauf landab vor allem darum, ob Pakistan damit auch die Zulassung zu den grossen internationalen Cricketmatches verliere. Die Nationalspieler im Cricket- und im Hockeyteam sind in der Öffentlichkeit bekannter als alle islamischen Rechtslehrer.

8. Pakistan hat britische Pressetraditionen übernommen, wenn auch nicht im selben Ausmass und in der selben Qualität wie in Indien. Es gibt zwei grosse nationale englischsprachige Tageszeitungen. Sie begnügen sich mit einem täglichen Koranvers auf der zweiten Seite. Es gibt eine bescheidene Filmindustrie in Karachi. Es gibt eine moderne Kunstszene, die sich zum Teil an die Moghulmalerei anlehnt (NCA). Das islamische Bilderverbot wird nirgendwo beachtet.

9. 97% der pakistanischen Bevölkerung sind Moslems. Je 1,5% sind Hindus bzw. Christen. Trotz dieser extrem kleinen religiösen Minderheiten spielt die Frage des religiösen Pluralismus immer wieder eine Rolle. Bei den Hindus ist es vor allem das Verhältnis zu Indien (3 Kriege), bzw. die Frage, ob Hindus gegenüber dem pakistanischen Staat wirklich loyal sein können. Die Christen haben in den unmittelbar zurückliegenden Jahren für Gesprächsstoff gesorgt, weil sie mit dem Westn bzw. mit den USA assoziiert werden und als Teil der Antiterrorallianz angesehen werden. In Bezug auf die Christen bedeutet religiöse Pluralität aber vor allem die Existenz der christlichen Schulen und der christlichen Colleges. Ein grosser Teil der Kinder der pakistanischen Oberschicht besuchte und besucht christliche Schulen und Colleges, deren Ruf erheblich besser ist als der der staatlichen Schulen und Colleges. Die beiden grossen Kirchen sind im Erziehungswesen weit, weit überrepräsentiert und üben über die Schulabgänger überproportionalen Einfluss in Wirtschaft und Gesellschaft aus. Keine der pakistanischen Regierungen hat bisher die Anwesenheit von ausländischem Religionspersonal (Patres/Brüder/Schwestern) verboten.

Zusammenfassung und Bewertung

Ist Pakistan ein islamisches Land? Oder sogar eine islamische Republik? Bestimmt der Islam die pakistanische Identität?

Vieles im Alltag deutet darauf hin. Wer mit Pakistan International Airlines von Frankfurt nach Karachi fliegt, hört vor dem Start ein Gebet um eine gute Reise, insh Allah. Begrüssungs- und Verabschiedungsformeln erwähnen Gott. Mehrmals am Tag hört man trotz des lärmenden Verkehrs die Lautsprecher von den Minaretten. Im Ramadan gibt es tagsüber nirgendwo Essen. Die religiösen Feiertage sind grosse Feste.

Gleichzeitig aber wird überall und täglich deutlich, dass es nicht die islamische Tradition ist, die das Leben bestimmt, sondern die modernen Erfordernisse. Pakistan ist ein Entwicklungsland mit einem hohen Bevölkerungswachstum. Der Verteilungskampf ist hart und gnadenlos. Vom Kindergarten bis zur Universität wird um Plätze gekämpft, danach um Arbeitsplätze, um Wohnungen, um Zugang zu einem Krankenhaus, um einen Pass, mit dem man in den Golfstaaten arbeiten kann. Der Alltag ist hart und nicht vom Islam bestimmt, sondern vom Existenzkampf.

Dass der Islam keine bindende Kraft darstellt, wurde bei der Trennung der beiden Landesteile 1971 deutlich. Die Ostbengalen fühlten sich von den Westpakistanis übervorteilt und ausgebeutet. In Westpakistan andererseits hatten Wirtschaftsfachleute und Politiker und auch hohe Militärs erkannt, dass Ostpakistan eine zu grosse wirtschaftliche Belastung für den Gesamtstaat darstellte. Eine Last, die man so rasch wie möglich loswerden sollte. Die islamische Gemeinsamkeit, die Umma, davon sprachen nur noch ein paar alte Mullahs. Gegen die Sachzwänge und den ökonomischen Rationalismus der modernen Staatsführung und erst recht gegenüber den allmächtigen Militärs waren die Mullahs machtlos.

Allerdings lernen auch die Mullahs die Techniken der modernen Demokratie. Nachdem Präsident Musharraf im Herbst 2001 – nach dem 11. September und der Befreiung Afghanistans – sich sehr eindeutig für die Anti-Terror-Allianz der USA entschieden hatte, schlossen sich 4 kleinere islamistische Parteien zu dem MMA-Bündnis zusammen. Sie haben zur Zeit 45 von insgesamt 180 Parlamentssitzen, d.h. 25%. Regierung und Präsident tun gut daran, mit der MMA in ständigem Gespräch zu bleiben.

Pakistan ist doppelgesichtig: Zufluchtsort für Al Qaida und gleichzeitig Mitglied der Anti-Terror-Allianz. Islamistisch-traditionell und gleichzeitig säkular-modern. Ein Land, das sich in einem rasanten Kulturwandel befindet.

Literatur:

- The Constitution of the Islamic Republic of Pakistan, 1973, Edition 2005, Lahore (Punjab Law Book House) 2005.
- Mittelsten Scheid, Jörg, Die Teilung Indiens, Köln 1970
- Schimmel, Annemarie, Pakistan, Zürich 1965
- May, Lini S. Iqbal, His Life and Times, Lahore 1974
- Mubarak, Ali, Ulema, Sufis and Intellectuals, Lahore 1996
- Human Rights Monitor, A Report on the Religious Minorities in Pakistan, Lahore 2004